



Liebe Leserinnen und Leser,

das Verhandlungsteam um Manuel Hagel hat erfolgreich die Sondierungen mit den Grünen für eine mögliche gemeinsame Landesregierung abgeschlossen. Die bereits vorab fixierten Punkte tragen genauso eindeutig unsere Handschrift wie die Verteilung der Ministerien, die ebenfalls bekannt gegeben wurde. Bei den nun beginnenden Koalitionsverhandlungen bin ich als Verhandlungsführerin für den Bereich Digitalisierung benannt. Ich bringe gerne meine Expertise aus dem Bund in die Landespolitik ein. Wenn wir die Digitalisierung auch im Land noch konsequenter angehen, können wir Bürokratie abbauen und unseren Staat effizienter machen. Das stärkt nachhaltig den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, der ja im Moment vielfältigen Herausforderungen gegenübersteht. Ganz besonders freut mich dass Ulm und der Alb-Donau-Kreis stark bei den Verhandlungen vertreten ist: neben den MdLs und mir wird auch Gunter Czisch sein Fachwissen einbringen. Wir geben nun alles – für eine starke künftige CDU-Handschrift im Land.

Ihre Ronja Kemmer

Energiepreise: schnelle Hilfen für Verbraucher und Wirtschaft

Angesichts der hohen Energiepreise hat sich die Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD auf spürbare Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen geeinigt. Ein zentrales Element ist die Senkung der Mineralölsteuer. Sie soll um circa 17 Cent pro Liter für zwei Monate reduziert werden.

Bundeskanzler Friedrich Merz betonte, dieser Schritt werde sehr schnell die Lage für die Autofahrer und für die Betriebe im Land verbessern. Um die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom vergangenen Wochenende zügig umzusetzen, wurde in dieser Sitzungswoche in 1. Lesung der Entwurf eines „Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energiesteuergesetzes zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe“ beraten.

Die angekündigten Entlastungen und strukturellen Reformen sehen im Einzelnen vor:

Energiesofortprogramm: Die Senkung der Mineralölsteuer um circa 17 Cent pro Liter für Benzin und Diesel für zwei Monate entlastet die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen an der Tankstelle um rund 1,6 Milliarden Euro. Die Steuerausfälle sollen durch abgesicherte Maßnahmen gegenüber den Mineralölwirtschaftsunternehmen gegenfinanziert werden. Zudem will die Koalition das Kartellrecht weiter verschärfen und den bisher eingeschlagenen Weg weiter fortführen.

Entlastung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern soll es ermöglicht werden, im Jahr 2026 eine steuer- und abgabenfreie Entlastungsprämie in Höhe von 1.000 Euro zu zahlen. Hier sollen die Steuerausfälle durch eine Erhöhung der Tabaksteuer schon im Jahr 2026 ausgeglichen werden. Zudem plant die Regierungskoalition zum 1. Januar 2027 eine Reform der Einkommenssteuer, um kleinere und mittlere Einkommen dauerhaft zu entlasten.

Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung: Die Bundesregierung will Ende April eine Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung beschließen. Grundlage dafür sind die Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit. Ziel ist es, die Beiträge zu stabilisieren und die Ausgaben zu begrenzen. Im Ergebnis läuft das auf eine der größten Sozialstaatsreformen unseres Landes hinaus.

Stärkung der Automobilindustrie: Die Koalition lehnt die für 2027 geplante Verschärfung bei CO₂-Werten von Hybrid-Fahrzeugen ab. Vollständige Technologieoffenheit lautet die Devise für die weitere Diskussion, die nun auf EU-Ebene weitergeführt werden wird.



Strategie für Rechenzentren

Die Welt befindet sich mitten in einer neuen Phase der digitalen Transformation, für die Nutzung von Künstlicher Intelligenz werden riesige **Rechenzentren** gebraucht, die enorme Mengen an Daten verarbeiten können. Sie haben einen hohen Bedarf an Energie und Fläche. Damit Deutschland bis 2030 zu einem der attraktivsten Standorte für solche Data-Center werden kann, hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung eine **Strategie** entwickelt, die unter anderem die Identifizierung von Standorten, unbürokratische Genehmigungsverfahren sowie den schnellen Anschluss ans Netz vorsieht.

Zwar ist Deutschland, was die Rechenkapazitäten betrifft, mit über 2.000 Anlagen bereits führend in Europa. Doch darauf wollen und können wir uns nicht ausruhen. Die Kapazitäten sollen bis 2030 mindestens verdoppelt werden; für Künstliche Intelligenz und Hochleistungsrechner (sog. High-Performance-Computing) ist eine Vervielfachung vorgesehen.

Es sollen zügig Flächen für die Rechenzentren identifiziert werden. Denn mit attraktiven Standorten, mit funktionierender Infrastruktur sowie mit schnellen Planungs- und Genehmigungsverfahren kann man Investoren anlocken. Damit sich deren Investitionen rechnen, braucht es eine zuverlässige und umweltverträgliche Versorgung mit bezahlbarer Energie sowie einen schnellen Anschluss ans Netz. Auch die Nutzung von erneuerbaren Energien oder von Abwärme spielt dabei eine Rolle. Für die Kommunen sollen attraktive Bedingungen geschaffen werden, um die Akzeptanz von Rechenzentren zu steigern.

Um Künstliche Intelligenz zu trainieren, müssen große Mengen an Daten verarbeitet werden. Für Deutschland und Europa kommt es darauf an, auf dem Gebiet der KI-Anwendungen und der Datenverarbeitung viel souveräner zu werden, also unabhängiger von anderen Teilen der Welt. Das gelingt nur, wenn die Daten, die in Europa gesammelt werden, auch vor Ort verarbeitet werden. Um die Rechenzentren herum kann sich dann ein ganzes „Ökosystem“ an digitalen Anwendungen entwickeln.

Zur Wahl in Ungarn

Mit der Abwahl Viktor Orbans kehrt Ungarn zurück in die politische Mitte Europas. Ich bin erleichtert über den Wahlsieg der christlich-demokratischen Tisza, die im Europäischen Parlament der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) angehört.

Der vergangene Sonntag war ein guter Tag für Europa. Ungarn hat sich aus den Klauen eines korrupten, illiberalen Systems befreit und für einen Kurs Richtung Europa entschieden. Mit Peter Magyar, dem künftigen Ministerpräsidenten Ungarns, gewinnen wir in Europa einen verlässlichen Partner zurück. Wir erwarten, dass Ungarn künftig mit den anderen EU-Mitgliedstaaten für Sanktionen gegen das Regime in Moskau und für die Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland stimmen wird. Eine gemeinsamen Linie macht die EU wieder handlungs- und entscheidungsfähig.

Mit dem eindeutigen Wahlsieg Pater Magyars ist Ungarn wieder zurück im Herzen Europas. Die Wahl bedeutet eine Niederlage für alle, die Europa schwächen wollten – für den russischen Machthaber Wladimir Putin, für die nationalistische MAGA-Bewegung in den USA und für alle Anhänger einer illiberalen Demokratie. Es besteht eine große Chance, dass das zurückgedreht werden kann, was Viktor Orban in den vergangenen Jahren angerichtet hat. Nun kann insbesondere der ungarische Rechtsstaat wieder hergestellt werden – vor allem die Unabhängigkeit von Justiz und Medien.

Für Europa bedeutet die Wahl von Peter Magyar Aufbruchstimmung. Es ist dringend notwendig, dass die EU der Ukraine die 90 Milliarden Euro, die das Land für die Abwehr Russlands braucht und die Viktor Orban bisher blockiert hat, endlich zur Verfügung stellen kann. Die Unterstützung der Ukraine liegt im ureigensten Interesse Europas. Und wir sollten aus deutscher Sicht nie vergessen, welche Rolle Ungarn beim Fall des Eisernen Vorhangs 1989/1990 gespielt hat. Der vergangene Sonntag war ein Glückstag für ganz Europa.

